

## **1.5-A** (Projekt) Raus aus der Kohle, Strukturpolitik anpacken

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 22.10.2018  
Tagesordnungspunkt: TOP 3.1. Ökologisch (Kapitel und Projekte)

### **Antragstext**

- 1 Wir schließen den Aufschluss neuer Tagebaue im Landesrecht aus. Spätestens mit dem Auskohlen der
- 2 bestehenden Tagebaue muss Schluss mit der Braunkohleverstromung in Brandenburg sein. Bis dahin
- 3 müssen wir sicherstellen, dass die LEAG nicht nur an der Braunkohle verdient, sondern auch die
- 4 anschließenden Rekultivierungskosten – mindestens drei Mrd EUR allein für die Lausitz - trägt. Die
- 5 Gestaltung von Tagebaufolgelandschaften bedeutet noch für Jahre gut bezahlte Arbeitsplätze und ist damit
- 6 ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels. Wir wollen die rechtlichen Möglichkeiten
- 7 Brandenburgs nutzen, um Sicherheitsleistungen für die Lausitzer Tagebaue Welzow und Jänschwalde
- 8 gegenüber der LEAG festzusetzen. Analog des Berlin/Bonn-Gesetzes wollen wir gemeinsam mit dem Bund
- 9 und Sachsen ein Verwaltungsabkommen zum Strukturwandel in der Lausitz verhandeln, um die
- 10 Finanzierung des Strukturwandels auf ein festes Fundament zu stellen.
- 11 Wir wollen einen Lausitz-Steuerungskreis aus Vertretern aus der Region, der Politik und Vertretern aus
- 12 Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft einsetzen. Der Steuerungskreis soll einen Masterplan für die
- 13 zukünftige Entwicklung der Lausitz erarbeiten sowie die Aktivitäten vor Ort bündeln und koordinieren. Wir
- 14 wollen in einer Geschäftsstelle „Strukturwandel Lausitz“ den Masterplan weiter ausarbeiten und die
- 15 Umsetzung koordinieren. Die Geschäftsstelle stellt eindeutige und messbare Ziele und Zeitpläne auf,
- 16 übernimmt die Abstimmung von interkommunalen/ regionalen Förderanträgen und die Kommunikation
- 17 und Öffentlichkeitsarbeit.